



Kriminaltechnik an der Grenze – Handeln verdient Lob und keine Schelte

Was war das mal wieder für ein medialer Aufschlag? „Ermittlungspanne, Ermittlungsfehler beim Landeskriminalamt“ – aber so ist sie halt, unsere Medienwelt. Zeitungen müssen verkauft werden. Und das macht man mit Schlagzeilen.

In Ulm hatte die Polizei eine Beschuldigte festgenommen, die verdächtigt wurde, Säuglinge mit Morphin vergiftet zu haben. Das heißt richtigerweise: Ein Richter hat nach dem Antrag der Staatsanwaltschaft eine Untersuchungshaft angeordnet. Nach intensiven kriminaltechnischen Ermittlungen konnte ein Anfangsverdacht nicht erhärtet werden, was zu einer Entlassung der Festgenommenen führte. Dabei waren es die intensiven kriminaltechnischen Ermittlungen, die in einem ersten Schritt Spuren von Morphin nachwiesen. Aber aufgrund von Zweifeln am Ergebnis wurde bei der intensiven Fortführung der Untersuchungen und der berühmten Suche nach der Nadel im Heuhaufen, das entlastende Ergebnis hervorgebracht.

Der DPoIG-Landesvorsitzende, Ralf Kusterer hatte unmittelbar nach dem Bekanntwerden und noch vor der Pressekonferenz das Landeskriminalamt für dessen umsichtigen und

selbstkritisches Vorgehen bei der kriminaltechnischen Untersuchung in diesem Fall gelobt. „Das professionelle Vorgehen des Landeskriminalamtes in der Aufdeckung und Verifizierung des Verdachts zeigt dessen selbstkritische und offene Vorgehensweise. Hier wird nichts vertuscht oder unter den Teppich gekehrt. Das professionelle Handeln des Landeskriminalamtes stärkt das Vertrauen in die polizeilichen Ermittlungsbehörden.“

Es ist wichtig, sich nicht nur auf einmalige Proben und Untersuchungen zu stützen. Es ist richtig, sich vor einem endgültigen Gutachten immer wieder zu hinterfragen und mit großem analytischen Sachverstand die eigenen Ergebnisse fortlaufend kritisch zu prüfen. So wie dies im Landeskriminalamt reguläre Praxis ist.

Es spricht für den außerordentlich hohen Qualitätsstandard der obersten Kriminaltechnikbehörde, die sich bei schwierigsten Aufgabenstellungen einem Qualitätsmanagement mit enorm vielfältigen Sicherungskontrollen unterzieht. Im Ergebnis wurde es in diesem Fall ersichtlich.

Der aktuelle Fall im Universitätskrankenhaus zeigt gleichzeitig, unter welchem ungeheuren Druck die Ermittlungsbehörden stehen. Schließlich geht es nicht nur um die Aufklärung von Straftaten, sondern



> Oliver Auras

einem Täter oder einer Täterin das Handwerk zu legen und zu verhindern, dass weitere Straftaten begangen werden.

Das Landeskriminalamt (LKA) steht hierbei vor der schwierigen Entscheidung, alarmierende Zwischenergebnisse einer Spurenuntersuchung für sich zu behalten, bis das abschließende Ergebnis Tage später feststeht, oder zur Abwehr weiterer Gefahren für die Gesellschaft die Zwischenergebnisse ohne Wenn und Aber frühzeitig bekannt zu geben. Es wäre nicht auszudenken, wenn aufgrund einer zu restriktiven Informationsweitergabe des Landeskriminalamtes weitere Babys zu Schaden gekommen wären. Nun hat wohl aber die frühzeitige Weitergabe des Zwischenergebnisses an das Polizeipräsidium Ulm die Krankenschwester mit kolossalen Konsequenzen belastet.

Die Befürchtung, dass die Krankenschwester möglicherweise wegen eines vorläufigen ersten Ergebnisses, das falsch sein könnte, unbegründet in Untersuchungshaft sitzt, hat offensichtlich niemanden kaltgelassen. Nach unseren Informationen haben alle gemeinsam das ganze Wochenende

an der Verifizierung des Ergebnisses gearbeitet.

Die Ulmer Staatsanwaltschaft wurde wohl frühzeitig über den Fortschritt der kriminaltechnischen Untersuchungen informiert.

Ich habe großes Verständnis für die Staatsanwaltschaft Ulm, die den Hut im Strafverfahren aufhat. Die Staatsanwaltschaft alleine entscheidet auf Basis der kriminalpolizeilichen Ermittlungen. Sie entscheidet ebenfalls im Verfahren darüber, ob eine Untersuchungshaft auch ohne verifiziertes Untersuchungsergebnis aufrechterhalten bleibt oder nicht.

Dieser schwierige Sachverhalt verdeutlicht uns, dass die hochkomplizierten und hochkomplexen Untersuchungsmethoden des LKA nicht mehr zu den alten Gemäuern passen, in welchen das Kriminaltechnische Institut (KTI) untergebracht ist. Zu Laboren umfunktionierte Büroräume passen nicht in eine Zeit, in welcher das KTI tatrelevante Spuren in einer Größenordnung von einem billionstel Gramm nachweisen kann. Dass das LKA aufgrund dessen mit vielfältigen Qualitätssicherungsmaßnahmen arbeitet, ist eine richtige Konsequenz. Noch wichtiger ist es, dass der angedachte Neubau des Kriminaltechnischen Instituts schnellstmöglich Realität wird.

Wer höchste Qualität liefern muss – braucht optimale Bedingungen.

*Ihr Oliver Auras,
stellvertretender
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger
(V. i. S. d. P.)
Telefon 07251.703-1510
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon 0711.9979474-0
Telefax 0711.9979474-20
Internet: www.dpolg-bw.de
E-Mail: info@dpolg-bw.de
ISSN 0723-1830



Jahrestagung 2020 des dbb beamtenbund und tarifunion in der Kölner Messe

Jahresauftakt

Es ist seit Jahrzehnten gute Tradition, dass der dbb mit seiner Jahrestagung (5. und 6. Januar) die gewerkschaftspolitische Arbeit eröffnet. Hier trifft sich das „WHO'S WHO“ des dbb, seiner Fachgewerkschaften und die Größen der Politik.

In diesem Jahr nutzte eine Abordnung der DPoIG Baden-Württemberg den Reigen, um mit Politik, Gewerkschaft und Wirtschaftspartnern ins neue Arbeitsjahr zu starten.



> Bernd Menzel (Kassenprüfer), Sarah Leinert (Justiziarin/Geschäftsführerin), Dirk Preis (Beauftragter für Sonderaufgaben), Daniel Jungwirth (stellvertretender Landesvorsitzender), Oliver Auras (stellvertretender Landesvorsitzender), Ralf Kusterer (Landesvorsitzender), Edmund Schuler (stellvertretender Landesvorsitzender) (von links)

Im Gespräch

DPoIG BW mit Bundesinnenminister Horst Seehofer

Am Rande der dbb Jahrestagung 2020 konnten sich eine Abordnung der DPoIG Baden-Württemberg und Mitglieder der Bundesleitung mit dem Bundesinnenminister Horst Seehofer austauschen. Dieser hatte kurz zuvor in einer Rede bekräftigt, dass er sich weiterhin auf Bundesebene für die

Ruhegehaltfähigkeit der Polizei zu engagieren wird.

Der umtriebige Bundesinnenminister freute sich dabei über die Unterstützung durch die DPoIG und bot in dieser Frage eine enge Zusammenarbeit an. Dabei sei am Rande bemerkt, dass Bundesinnenminister See-

hofer nach seiner Rede minutenlangen Beifall bekam.

Mit seinem „Gesetz zur Modernisierung der Strukturen des Besoldungsrechts und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ (BesStMG – Besoldungsstrukturenmodernisierungsgesetz) hat er beispiellos in

der Geschichte viele monetäre Verbesserungen eingeführt.

Zum Beispiel wird bei der Bundespolizei die Polizeizulage um 40 Prozent auf 190 Euro erhöht. So macht man Politik für diejenigen, die täglich den Kopf für die Sicherheit hinhalten.



> DPoIG-Vertreter bei der dbb Jahrestagung

DPoIG im Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden des BGV

Kooperation mit dem Badischen-Gemeinde-Versicherungs-Verband (BGV)

Am Rande der Sitzung des Landeshauptvorstandes des BBW – Beamtenbund Tarifunion im Hauptsitz der BGV in Karlsruhe nutzten der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer und die DPoIG-Geschäftsführerin und Justiziarin Sarah Leinert die Gelegenheit, mit dem „Neuen“ an der Spitze des Badischen Gemeinde-Versicherungs-Verbands und BGV-Versicherung AG, Herrn Professor Edgar Bohn, ins Gespräch zu kommen.

Professor Bohn folgte dem besonders der DPoIG verbun-

denen Vorstandsvorsitzenden Heinz Ohnmacht nach.

Thorsten Söffner hält weiterhin den direkten Kontakt zur DPoIG samt deren Gliederungen und füllt von Seiten des BGV weiterhin die Kooperation mit Leben aus.

Erfreut konnten die DPoIG-Vertreter feststellen, dass auch der „Neue“ wie der „Alte“ fest zur DPoIG-Kooperation steht und die Polizeibeschäftigten nach wie vor dem BGV am Herzen liegen.



> Thorsten Söffner, Prof. Edgar Bohn, Sarah Leinert, Ralf Kusterer (von links)

3

DPoIG im Dialog mit Justizminister Guido Wolf, MdL

Große Einigkeit in Analyse und Handlungsbedarf

Am Freitag, dem 24. Januar 2020, fand im Justizministerium Baden-Württemberg ein Gespräch mit dem Minister der Justiz, Europa und Tourismus, Guido Wolf, MdL, statt.

Die DPoIG-Gesprächsteilnehmer fanden einen gut gelaunten, fachlich kompetenten und offenen Gesprächspartner vor. Justizminister Wolf kam mit seinem Abteilungsleiter 4 (Justizvollzug), Ministerialdirigent Finckh.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft BW blickt auf eine durchaus gute ressortübergreifende Zusammenarbeit mit Justizminister Wolf. Dabei sei auch an die Berufung des DPoIG-Landesvorsitzenden Kusterer durch Justizminister Wolf in das Expertenteam „Innere Sicherheit“ im Europa-

dialog erinnert. Bei zahlreichen politischen Themen gibt es eine deckungsgleiche Analyse und Bewertung. So etwa in den Themen (gegen) Bagatellisierung des Ladendiebstahls oder (für) die Ausweitung der Möglichkeiten der DNA-Analyse. Eine zentrale Forderung der DPoIG ist die personelle Verstärkung der Staatsanwaltschaften, der Gerichte und im Justizvollzug. Auf der Tagesordnung des Gesprächs standen unter anderem die Themenfelder Erfüllungsübernahme, Vermögensabschöpfung und Unterstützungsangebote der DPoIG-Stiftung für Justiz (vollzugs)bedienstete.

Erfüllungsübernahme – hier sieht die DPoIG einen dringenden Nachbesserungsbedarf hinsichtlich der Erlangung eines Titels, insbesondere bei

vorliegender Schuld- und Deliktunfähigkeit oder wenn ein Titel beispielsweise durch eine Abschiebung nicht mehr erlangt werden kann. Erörtert wurde dabei die Entwicklung von Übergriffen – auch auf Justizvollzugsbedienstete – durch psychisch Kranke, so wie wir das ansteigend in der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung feststellen. Ebenso das breite Portfolio bis hin zum Adhäsionsverfahren, das nach wie vor nicht gerne in Baden-Württemberg praktiziert wird. Justizminister Wolf gab seiner Grundsatzabteilung einen Auftrag zur Problemanalyse und Problemlösung. Justizminister Wolf unterstützt die DPoIG in deren Bemühungen nach einer sachgerechten Lösung, damit Schmerzensgeldansprüche nicht ausschließlich am Titel oder der Schwierigkeit zur Er-

langung des Titels scheitern. Der DPoIG-Landesvorsitzende hatte bereits im Vorfeld des Gesprächs mit Innenstaatssekretär Klenk eine Evaluation der Erfüllungsübernahme vereinbart.

Vermögensabschöpfung – die DPoIG setzt sich seit geraumer Zeit dafür ein, dass die Möglichkeiten der Vermögensabschöpfung ausgeweitet werden. Bemängelt wird, dass bei aktuellen, umfangreichen Mittelabschöpfungen und teilweisen Milliardenzahlungen von Unternehmen eine gedeckelte Abschöpfung erfolgt. Die Höchstwerte wurden im Jahr 2019 erreicht. Fraglich ist, ob zusätzlich im Jahr 2020 noch aus der Daimler-Diesellaffäre weitere Zuweisungen an die Polizei erfolgen können. Im Jahr 2019 kamen über zehn



Millionen Euro in den Polizeihaushalt und man konnte wichtige Investitionen, unter anderem im LKA (6,5 Millionen Euro), anschieben.

Die Fachabteilung im Justizministerium steht einer Erhöhung der Vermögensabschöpfung eher verhalten gegenüber, weil man in keinsten Weise den Eindruck erwecken möchte, dass sich die unabhängige Strafverfolgung an einer eventuellen Finanzmittelzuweisung über die Vermögensabschöpfung ausrichten würde.

Interessant war dabei der fachliche Austausch zu den Regelungen und zum Verfahren in

der Vermögensabschöpfung. Ziel müsste es nach diesen neuen Erkenntnissen sein, die Degressionsregelungen anzupassen und zu verändern. Damit ändert sich die Ausrichtung der DPoIG-Forderung zur Erhöhung des oberen „Deckels“ und Absenkung des „unteren Deckels“ hin zur inhaltlichen Degressionsänderung unter Beachtung der Ober- und Untergrenzen.

Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft – Die DPoIG-Stiftung ist bei der Hilfe für Helfer und für in Not Geratene, Verletzte oder im Falle der Tötung für die Hinterbliebenen ein wichtiger und nicht wegzuden-

kender Partner. Gerade für die Polizeibediensteten wird hier Großes geleistet. Die Anzahl der Übergriffe auf Justiz(vollzugs)bedienstete ist steigend und folgt dem Trend der aktuellen Entwicklungen in der Gewalt gegen Polizeibeamte/-innen. Zukünftig soll es eine verstärkte Zusammenarbeit mit der DPoIG-Stiftung geben. Mit gemeinsamen Maßnahmen des Justizministeriums und der dbb Fachgewerkschaft – BSBD (Bund Deutscher Strafvollzugsbediensteten) sollen die Möglichkeiten der DPoIG-Stiftung stärker im Portfolio bei Übergriffen im Bereich des Justizvollzugs Beachtung finden.

Das sehr gute Gespräch im Justizministerium zeigt, dass der Justizminister nicht nur über seinen Wahlkreis polizeilich gerendet ist. Ihm sind die Polizeibeschäftigten wichtig. Und ihm ist der direkte Dialog mit der DPoIG und dessen Funktionsträgern wichtig. Dass dies auch für die DPoIG gewinnbringend ist, zeigt das Thema Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen. Letztlich war es Minister Guido Wolf, der als damaliger Spitzenkandidat im Landtagswahlkampf das Thema vom DPoIG-Bundesvorsitzenden Rainer Wendt übernommen und es über die CDU später im Koalitionsvertrag aufgenommen hatte. Der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer freut sich über eine Fortführung der guten Zusammenarbeit und den nachhaltigen fachlichen Dialog mit Justizminister Guido Wolf.



Landesvorsitzender Ralf Kusterer, Justizminister Guido Wolf, stellvertretender Landesvorsitzender Daniel Jungwirth, Justiziarin und Geschäftsführerin Sarah Leinert, stellvertretender Landesvorsitzender Oliver Auras (von links)

Helfer brauchen Hilfe – jeder Cent kommt an

Um Geldspenden wird gebeten!!

Manchmal darf man einfach froh darüber sein, wenn es einem gesundheitlich gut geht. Manchmal darf man einfach froh sein, wenn man gesund aus dem Dienst nach Hause kommt. Und manchmal muss man an alle Kolleginnen und Kollegen in der Polizei denken, denen es gesundheitlich nicht so gut geht, die von Krankheit und Not betroffen sind, diejenigen, die eben nicht gesund aus dem Dienst nach Hause gekommen sind. Für andere eintreten, für andere da sein, hilfsbereit sein,

helfen, wo man kann. Dieser Gedanke lebt in der Polizei. Vielleicht war dieser Gedanke „früher“ präsenter als heute. Wir sind sicher, dass es diesen Gedanken, eben diese Hilfsbereitschaft in der Polizei nach wie vor gibt.

An Weihnachten spenden viele von uns für die unterschiedlichsten Projekte und Hilfsorganisationen. Deshalb haben wir unseren Spendenaufruf ganz bewusst an den Anfang des Jahres gestellt. Die Not ist in vielen



Ein Team von Ehrenamtlichen kümmert sich in Bayern um unsere Stiftungshäuser, in denen die Helfer, die Hilfe brauchen, zur Ruhe kommen können. Für viele ist es ein Ort, um wieder zurück ins Leben zu kommen.

Bereichen groß und verdient es, dass wir dagegen etwas tun. Speziell für in Not geratene Polizeibeschäftigte oder deren Angehörige kann die Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft Hilfe leisten. Wir bitten um eure Unterstützung.

Um weiterhin den zahlreichen verletzten und in Not geratenen Polizeibeschäftigten aus Baden-Württemberg mit Aufenthalt in den Stiftungshäusern helfen zu können, benötigen wir finanzielle Unterstützung. Jeder Cent, jeder Euro, jede Spende kommt an – versprochen!



> Der Landesvorstand

Der DPolG-Landesvorstand macht den Weg frei für eigene Bezirksverbände der Polizeipräsidien Pforzheim und Ravensburg

Der DPolG-Landesvorstand hat in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 8. Januar 2020, in Pforzheim mit einer Beschlussfassung die verbandsintern notwendige Entscheidung getroffen und für die zum 1. Januar 2020 neu geschaffenen Polizeipräsidien Pforzheim und Ravensburg Bezirksverbände gegründet.



> Polizeipräsident Tritsch, Landesvorsitzender Ralf Kusterer, Polizeivizepräsident Christian Dettweiler (von links)

Landesweit gliedert sich die Polizeigewerkschaft in Orts- und Kreisverbände, die dann im Bereich eines Polizeipräsidiums einen gemeinsamen Bezirksverband bilden. Der Bezirksverbandsvorsitzende ist automatisch Mitglied im Landesvorstand und wirkt unmittelbar auf die landesweiten Entscheidungen ein. Gleiches gilt für die Bezirksfrauen-, Bezirksjugend-, Bezirkstarif- und die Bezirksseniorenvertretungen, die in ihren Bereichen unmittelbar in die Arbeit auf Landesebene eingebunden sind.

Die Kreis- und Ortsverbände bestehen immer noch in den Zuständigkeitsbereichen wie vor der Polizeireform 2014. Dazu erklärte der Landesvorsitzende Ralf Kusterer: „Der größte innenpolitische Fehler in Baden-Württemberg war die Polizeireform 2014. Damit wurde eine erfolgreiche Polizeiorganisation zerschlagen. Dass wir uns nicht in allen Bereichen an der Polizeireform orientiert haben, sondern unsere Kreis- und Ortsverbände unverändert beibehalten haben, war wichtig und richtig.“

Der Landesvorstand hat entschieden, dass ab sofort die Kreis-/Ortsverbände in Pforzheim, Calw und Freudenstadt den zukünftigen Bezirksverband Pforzheim bilden. Die Kreisverbände Ravensburg, Sigmaringen und Bodenseekreis (Friedrichshafen) gehen im zukünftigen Bezirksverband Ravensburg auf.

Veränderung in der Zusammensetzung gibt es auch in den anderen von der Polizeireform betroffenen Bezirksverbänden in Karlsruhe, Konstanz und Reutlingen. Der Bezirksverband Tuttlingen wurde aufgelöst. Die dortigen Kreisverbände folgen der Umstrukturierung der Polizeistruktur 2020. Der Kreisverband Balingen kommt zu Reutlingen. Außer Freudenstadt (Pforzheim) bilden die anderen Kreisverbände in Tuttlingen, Rottweil und Schwarzwald-Baar (Villingen-Schwenningen) mit den Kreisverbänden in Konstanz den veränderten Bezirksverband.

Die konstituierenden Sitzungen der neuen Bezirksverbände fanden im Februar 2020 statt. Wir werden gesondert berichten.

Im Resümee der Sitzung des Landesvorstandes bei einem

Vor-Ort-Termin im neuen Polizeipräsidium Pforzheim und einem Gespräch mit Polizeivizepräsident Christian Dettweiler stellt der Landesvorsitzende Ralf Kusterer fest: „Der 1. Januar 2020 war ein guter Tag für alle ehemaligen Beschäftigten der Polizeidirektionen Pforzheim und Ravensburg, die teilweise nach jahrelangem Pendeln wieder an ihre damaligen Arbeitsstätten zurückkehren. Es war aber vor allen Dingen auch ein guter Tag für die Bevölkerung in diesen Gebieten. Es ist gut, wenn Innenminister Thomas Strobl die Entscheidungen seines Vorgängers umkehrt und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger in der Region Nordschwarzwald und Oberschwaben endlich wieder gehört werden. Als Wehrmutstropfen bleibt sicherlich die Auflösung des PP Tuttlingen. Die DPolG hatte stets wiederholt, dass die Väter der ehemaligen Polizeistruktur sicher gute Gründe gehabt hatten, kleinere Polizeidirektionen zu bilden und eben nicht zu größeren Polizeidirektionen zusammenzufassen. Die Deutsche Polizeigewerkschaft wird die Prozesse weiter begleiten und zumindest innerorganisatorisch dafür Sorge tragen, dass alle Mitglieder optimal versorgt bleiben und werden. ■



Arbeitstagung der BBW-Regierungsbezirksverbände Karlsruhe und Freiburg

Dirk Preis im engen Austausch mit dem BBW-Landesvorsitzenden

Die Regierungsbezirksverbände des Dachverbandes, BBW Beamtensbund Tarifunion, deren Aufgabe es ist, die Arbeit des BBW vor Ort zu unterstützen, führten im November 2019 ihre Tagung durch.

Dirk Preis, Vorsitzender im Regierungsbezirksverband Karlsruhe, konnte zahlreiche Delegierte und Gäste begrüßen, darunter auch den Vorsitzenden des BBW Beamtens-

bund Tarifunion, Kai Rosenberger.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Tätigkeitsbericht von Dirk Preis und der Vortrag des BBW-Landesvorsitzenden.

Wie immer war die DPoIG stark vertreten und konnte sich davon überzeugen, dass sich der DPoIGler Dirk Preis auch im Beamtensbund aktiv einbringt.



© DPoIG BW

> Christian Stemmler (Karlsruhe), Andreas Bix (Offenburg), Uwe Holzer (Rastatt, Baden-Baden, Bühl), Kai Rosenberger (BBW-Landesvorsitzender), Michael Heß (Offenburg), Dirk Preis (Regierungsbezirksvorsitzender), Eberhard Wetzel (Bezirksvorsitzender Offenburg) (von links)



Neujahrsempfänge – Begegnungen mit der Politik

Verschiedene Institutionen und Parteien hatten in den letzten Wochen zu Bürger- oder Neujahrsempfängen geladen. Gute Gelegenheiten, um ins Gespräch zu kommen.



© DPoIG BW (4)





Hauptpersonalrat vor Ort im neuen PP Pforzheim



➤ Polizeipräsident Wolfgang Tritsch, HPR-Vorsitzender Ralf Kusterer, stellvertretender HPR-Vorsitzender Ingo Tecquert, Polizeivizepräsident Christian Dettweiler (von links)

Unmittelbar nach der Indienststellung des Polizeipräsidiums Pforzheim tagte am 17. Januar 2020 der Hauptpersonalrat der Polizei beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Polizeipräsidium Pforzheim. Dem Gremium war

es wichtig, mit der Tagung vor Ort die weitere Unterstützung beim Ausbau des Polizeipräsidiums zu dokumentieren. Der Hauptpersonalrat war bis zum 31. Januar 2020 für nahezu alle personalvertretungsrechtlichen Beteiligungsverfahren zustän-

dig. Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender und zugleich Vorsitzender des Hauptpersonalrats, stellte dazu beim Grußwort des Polizeipräsidenten Wolfgang Tritsch fest: „Wir haben mehrere Hundert Personalmaßnahmen behan-

delt. Wir haben keinerlei Kritik oder Beschwerden erhalten. Das ist der Verdienst des Projekts unter Ihrer Leitung, Herr Tritsch. So muss Führung und der Umgang mit dem Personal sein!“

Bezirkstagung Ulm wählt Peter Vietz zum Bezirksvorsitzenden

Dieter Knolmar hatte als „alter Hase“ im Gewerkschaftsmetier 2014 den Vorsitz im Ulmer Bezirksverband übernommen. Mit der Schaffung neuer Polizeipräsidien im Zusammenhang mit der Polizeireform 2014 wurde auch für den Bereich des Polizeipräsidiums Ulm ein neuer Bezirksverband gegründet. Fünf Jahre später hat Dieter Knolmar, der bereits in den Ruhestand verabschiedet wurde, nun den Vorsitz abgegeben.

Die Delegierten des Bezirksverbandes hatten sich im Ulmer Wirtshaus getroffen, um nicht nur die Neuwahlen durchzuführen, sondern auch die Planungen für das Jahr 2020 abzusprechen. Dieter Knolmar trug einen umfangreichen Geschäftsbericht vor und ging dabei auf zahlreiche Problem-

stellungen innerhalb des Polizeipräsidiums ein. Dabei machte er deutlich, dass man im Bezirksverband gut zusammengewachsen ist. „Die Truppe ist top“, so Dieter Knolmar.

„Und wäre ich nicht im Ruhestand, hätte ich noch gerne weiter mit diesem Team gearbeitet.“

Dass der Bezirk gut funktioniert, sieht man beispielsweise auch am landesweiten Engagement. Edmund Schuler wurde mit einem hervorragenden Ergebnis beim Landeskongress der DPoIG zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Er spielt auch im Tarifbereich auf der Bundesebene eine wichtige Rolle. Ulm spielt ganz vorne mit in der obersten Liga, verkündete Dieter Knolmar stolz. Lobende Worte fand

er auch für Peter Vietz, der sozusagen als Senkrechtstarter 2014 den Vorsitz im Örtlichen Personalrat übernommen hatte und dort einen guten Job macht. Die DPoIG ist anerkannt und sie bringt sich für die Interessen der Beschäftigten ein. Das gilt auch ganz besonders in Ulm. Die Delegierten würdigten den Geschäftsbericht mit langanhaltendem Applaus.

Bei den Wahlen wurde Peter Vietz zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt.

Zu gleichberechtigten Stellvertretern wurden ebenso einstimmig Peter Groll (KV Biberach), Hansgeorg Rösch (KV Göppingen), Markus Greifberger (KV Heidenheim) und Hansjürgen Schmiedeberg (OV Ethingen) gewählt. Ein-

stimmig wurde Dieter Knolmar zum kommissarischen Bezirks-seniorenbeauftragten bestimmt.

Der stellvertretende Landesvorsitzende Oliver Auras überbrachte die Grüße der Landesleitung und informierte die Versammlungsteilnehmer über aktuelle berufspolitische Entwicklungen. Dabei sparte er nicht mit Dank an die Aktiven im Bezirksverband. Gemeinsam hat man ein top Ergebnis im Verband erzielt.

Nicht nur, dass die Mitgliederzahlen weiter steigen, auch berufspolitisch wurde viel erreicht. Dabei ging er näher auf aktuelle Forderungen und Bemühungen ein, beispielsweise bei der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Freifahrt für Kripobeamtete oder aber neue Stellen im Tarifbereich.

Der Landesvorsitzende Ralf Kusterer, der auf dem Rückweg von der Konstanzer Personal-



© DPoIG BW

> Dieter Knolmar (2. von links) und Peter Vietz (3. von links) mit Mitgliedern des Bezirksverbandes Ulm, sowie Oliver Auras (2. von rechts) und Ralf Kusterer (1. von rechts)

versammlung in Wangen war, ließ es sich nicht nehmen, einen kurzen Halt bei der Bezirkstagung einzulegen. Es war

ihm wichtig, Dieter Knolmar nicht ohne ein Präsent und einer würdigen Ehrung aus dem Amt zu entlassen.

Er dankte Dieter Knolmar für seine Aufbauarbeit im Bezirksverband und sein großes Engagement, für das er bereits

zum Ehrenmitglied im Landesverband ernannt wurde.

Willkommensparty in Lahr Glückliche Gewinner

Tolle Stimmung ist garantiert – bei den jährlichen Willkommenspartys der DPoIG Lahr. Seit Jahren sind diese ein fester Bestandteil der Mitgliederbetreuung vor Ort. Dabei lässt sich der Kreisgeschäftsführer Jürgen Weber stets etwas Besonderes einfallen, um bei einer Verlosung die Freude Ein-

zelter zu steigern. Auch bei der vergangenen Willkommensparty im Herbst war die Freude groß. Der 1. Preis war ein TV-Gerät, welches von Daniela Rombach gewonnen wurde. Gespendet wurde das Gerät von der Debeka (Herrn Suhm). Über ein Tablet (2. Preis) freute sich Kollegin



© DPoIG BW

Kroger, über eine hochwertige Adidas Sporttasche (3. Preis) freute sich Kollege Lemke. Die Vorbereitungen für die nächste Party Ende März laufen bereits. Zahlreiche hochpreisige Gewinne liegen schon bereit. ■

> Jürgen Weber und die Gewinnerin Daniela Rombach mit ihrem TV-Gerät

> Nachruf



© DPoIG BW

Trauer um Wolfgang Wöhrle

Der Kreisverband Karlsruhe trauert um sein Ehrenmitglied Wolfgang Wöhrle, der am 2. Januar 2020 im Alter von 75 Jahren nach schwerer Krankheit verstorben ist.

Wöhrle war nicht nur 24 Jahre Schatzmeister des KV Karlsruhe; er führte über drei Jahrzehnte hinweg auch Fahrten für die DPoIG Karlsruhe durch. Dabei steuerte er die immer voll besetzten Busse zu Zielen in ganz Europa. So hatte das Wirken des jetzt Verstorbenen zweifellos erheblichen Anteil am enormen Aufschwung der Karlsruher DPoIG.